Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
§ 1 Einleitung	21
A. Hinführung zum Thema	21
I. Präventionsstrafrecht	23
II. Problemaufriss und Notwendigkeit einer Untersuchung	25
1. Eigenständige Schädigungshandlung durch den Marktteilnehmer	25
2. Der Topos der Perpetuierung einer bereits eingetretenen Schädigung	26
3. Die Strafbarkeit der bloßen Stabilisierung des Marktgeschehens	27
B. Gang der Darstellung	28
§ 2 Begriffliche Vorüberlegungen und ökonomische Grundlagen	31
A. Illegale Märkte	31
I. Der Markt	31
II. Die Illegalität	35
1. Illegalität aufgrund per se verbotener Waren oder Dienstleistungen	36
2. Illegalität aufgrund der Herkunft von Waren aus Straftaten	38
3. Illegalität aufgrund gefälschter Waren	39
4. Illegalität aufgrund eines Handelsverbots	39
5. Illegalität aufgrund eines Regulierungsverstößes	40
6. Die Unmöglichkeit einer Abgrenzung	41
III. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	42
B. Ökonomische Grundlagen des „Nachfrage-Paradigmas“	42
I. Ausgangspunkt	43
II. Ökonomische Anreize	44
III. Rationalität	46
IV. Bedeutung für das Nachfrage-Paradigma	48

§ 3 Grundlagen der Legitimation von Straftatbeständen	51
A. Die Beschränkung des Strafrechts auf den Schutz subjektiver Rechte	52
I. Moderne Ansätze in der Tradition Feuerbachs	53
II. Kritische Bewertung	54
B. Die Beschränkung des Strafrechts auf den Schutz von Rechtsgütern	56
I. Systemimmanenter Rechtsgutsbegriff	57
II. Systemtranszendenter Rechtsgutsbegriff	58
1. Das Rechtsgut als strafbarkeitsbegrenzendes Element	58
2. Kritik an einem systemtranszendenten Rechtsgutsbegriff	61
3. Kritische Würdigung der vorgebrachten Argumente	64
a) Zum Vorwurf der Demokratiefeindlichkeit	65
b) Zum normativen Fundament der Rechtsgutslehre	66
c) Zur inhaltlichen Ausgestaltung des Rechtsgutsbegriffs	69
d) Zur Unzulänglichkeit einer allein auf das Rechtsgut setzenden Legitimationstheorie	69
III. Zusammenfassung	70
C. Der Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts	71
I. Darstellung	71
II. Kritische Würdigung	73
III. Zusammenfassung	77
D. Der Ansatz von Lagodny und Appel	78
I. Darstellung	78
II. Kritische Würdigung	81
E. Integration des Rechtsgutsdogmas in das Verfassungsrecht	83
I. Die Materialisierung des Rechtsguts durch die Verfassung	84
1. Erforderlichkeit einer über den Normbruch hinausgehenden Rechtsgutsverletzung	86
2. Das Rechtsgut als reale Gegebenheit	87
3. Konsequenzen aus der personalen Ausgestaltung der Staatsverfassung	88
4. Ausschluss bloßer Moralwidrigkeiten	90

II. Die Integration des Rechtsguts in die verfassungsrechtlichen Anforderungen	92
1. Das Rechtsgut als verfassungslegitimer Zweck von Strafnormen	92
2. Das Rechtsgut als Element angemessenen Strafens	95
III. Verfassungsrechtliche Schranken im Übrigen als Ergänzung und Bekräftigung der Rechtsgutslehre	98
1. Der Kernbereich privater Lebensgestaltung	98
2. Der Bestimmtheitsgrundsatz	100
3. Das Schuldprinzip	102
F. Zusammenfassung und Folgen für die weitere Untersuchung	105
§ 4 Systematisierung und Rechtsgutsanalyse	107
A. Eigenständige Verletzung von Individualrechtsgütern durch den Marktteilnehmer	108
I. Das Nachfrageargument im Kontext des § 232a Abs. 6 StGB	109
II. Der Strafgrund des § 232a Abs. 6 StGB	110
III. Zusammenfassung	112
B. Der Schutz der Integrität des Marktes	113
I. Die Geldfälschungsdelikte als Delikte zum Schutz des Marktes	113
II. Der Integritätsschutz als Ausnahme	115
C. Vorverlagerter Schutz von (Individual-)Rechtsgütern	116
I. Schaffung einer unmittelbar nutzbaren Situation	116
1. Die Strafvorschriften im Waffengesetz	116
2. Das Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet	118
II. Die Strafbarkeit der Marktstabilisierung	122
1. Der Abruf bzw. das Verschaffen kinderpornographischer Inhalte (§ 184b Abs. 3 StGB)	123
a) Das Nachfrageargument	124
aa) Konsequenzen für die Rechtsgutsbestimmung bei § 184b Abs. 3 StGB	125
bb) Legitimation des Besitzverbots	126
cc) Legitimation des Verbots von Inhalten mit wirklichkeitsnahe Inhalt	127

Inhaltsverzeichnis

b)	Die These der Gefährlichkeit des Konsums	129
aa)	Empirische Befunde	129
bb)	Gesetzsystematische Konsistenz	132
c)	Darstellerschutz als Persönlichkeitsschutz	134
d)	Darstellerschutz als Menschenwürdeschutz	136
aa)	Die Menschenwürde als Strafrechtsgut	137
bb)	Die Menschenwürde als Rechtsgut von § 184b Abs. 3 StGB	139
e)	Jugendschutz	141
f)	Zusammenfassung und Zwischenergebnis	142
2.	Hehlerei (§ 259 StGB)	143
a)	Mittlerweile überholte Strafgründe	144
aa)	Die Vereitelung von Restitutionsansprüchen	144
bb)	Der Ansatz von Gallas	145
b)	Heute noch vertretene Ansätze	146
aa)	Perpetuierung einer bereits eingetretenen Schädigung	146
bb)	Schutz vor künftigen Vermögensdelikten	148
cc)	Stellungnahme	149
c)	Zusammenfassung und Zwischenergebnis	153
3.	Der Erwerb von Betäubungsmitteln (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BtMG)	153
a)	Schutz der Gesundheit als Individualrechtsgut	155
b)	Schutz kollektiver Rechtsgüter	157
aa)	Volksgesundheit	158
bb)	Gestaltung des sozialen Zusammenlebens ohne die negativen Folgen des Drogenmissbrauchs	161
cc)	Jugendschutz	162
c)	Betäubungsmitteldelikte als Marktdelikte	164
4.	Das Übertragenlassen von Organen (§§ 17 Abs. 2, 18 Abs. 1 TPG)	166
a)	Die körperliche Integrität des Lebenden	168
b)	Menschenwürde	169
aa)	Beeinträchtigung des Gewährleistungsgehalts der Menschenwürde	170
bb)	Menschenwürde und Paternalismusproblem	171
c)	Die Integrität der Transplantationsmedizin	173
d)	Pietätsgefühl der Allgemeinheit	174

e)	Der Schutz vor Ausbeutung existenzieller Notlagen	176
aa)	Keine Beschränkung des Tatbestands auf Ausbeutungssituationen	178
bb)	Keine Beschränkung des tauglichen Täterkreises	179
cc)	Gewandeltes Verständnis von den Schutzberechtigten	180
f)	Zwischenergebnis	181
5.	Weitere Tatbestände des Nebenstrafrechts	183
a)	Vermarktungsverbot für Tiere und Pflanzen streng geschützter Arten (§§ 71 Abs. 1 Nr. 3, 69 Abs. 3 Nr. 21, 44 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BNatSchG)	183
b)	Einfuhr und Verwendung embryonaler Stammzellen ohne Genehmigung (§ 4 StZG)	186
6.	Zwischenergebnis	187
III.	Grenzen der Erklärungskraft des Nachfrage-Paradigmas	188
1.	Begünstigung (§ 257 StGB)	188
a)	Schutz der Rechtspflege sowie des individuellen Restitutionsinteresses	189
b)	Generalpräventive Funktion des § 257 StGB	191
c)	Fehlende Marktförmigkeit	193
2.	Geldwäsche (§ 261 StGB)	194
a)	Der generalpräventive Charakter der Geldwäsche	196
b)	Fehlende Marktförmigkeit	197
3.	Belohnung und Billigung von Straftaten (§ 140 StGB)	200
D.	Rechtsgutslose Tatbestände	202
E.	Zwischenergebnis	204
§ 5	Charakterisierung der Deliktsnatur	207
A.	Vorüberlegung: Marktdelikte als Anschlussdelikte?	207
I.	Anschlussdelikte nach herkömmlichem Verständnis	208
II.	Anschlussdelikte in einem weiteren Sinne	209
B.	Stellung von Marktdelikten in der Deliktsstrukturtrias	210
I.	Keine Teilnahme an fremden Rechtsgutsverletzungen	211
II.	Marktdelikte als Gefährdungsdelikte	213
1.	Kategorisierung von Gefährdungsdelikten	214
a)	Konkrete Gefährdungsdelikte	214
b)	Abstrakte Gefährdungsdelikte	215

c) Risikodelikte	217
2. Einordnung innerhalb der Kategorie der abstrakten Gefährdungsdelikte	220
a) Die Einbeziehung deliktischer Zwischenschritte in den Gefährdungszusammenhang	221
b) Objektiv-abstrakte und subjektiv-objektiv-abstrakte Gefährdungsdelikte	223
aa) Marktdelikte als objektiv-abstrakte Gefährdungsdelikte	223
bb) Abgrenzung zu Vorbereitungsdelikten	225
(1) Vorbereitungsdelikte nach Wohlers und von Hirsch	226
(2) Vorbereitungsdelikte als subjektiv-objektiv-abstrakte Gefährdungsdelikte	226
3. Marktdelikte als Kumulationsdelikte?	228
a) Der Ursprung des Kumulationsgedankens	230
b) Der eingeschränkte Anwendungsbereich des Kumulationsgedankens	231
c) Einwände	233
aa) Verstoß gegen das Schuldprinzip	233
bb) Rechtsgutsirrelevanz der einzelnen Handlung	235
cc) Verstoß gegen das Bagatellprinzip	236
dd) Maßlosigkeit des Kumulationsgedankens	238
ee) Zwischenergebnis	239
d) Übertragung des Kumulationsgedankens auf Marktdelikte	239
aa) Erwartbarkeit des kumulativen Zusammentreffens von Markthandlungen	239
bb) Unmöglichkeit der Herstellung realer Verletzungskausalität	240
cc) Rechtsgutsverletzung als Ergebnis der Kumulation	242
e) Die Relevanz der einzelnen Nachfragehandlung	243
4. Zusammenführung	243
§ 6 Legitimitätskriterien für Marktdelikte	247
A. Gewicht des geschützten Rechtsguts und Ausmaß des drohenden Schadens	249

B. Erforderlichkeit des Strafrechtseinsatzes zum Rechtsgüterschutz	250
I. Der Vorwurf der Überkriminalisierung bzw. der bloßen Flankierung von Straftatbeständen	251
II. Negativkriterien	253
1. Kriminalisierung nicht bloß aus praktischen Schwierigkeiten der Strafverfolgung	253
2. Kriminalisierung nicht aus zirkulären Erwägungen	256
III. Zwischenergebnis	260
C. Tathandlungsbezogene Kriterien	260
I. Eine Frage der Zurechnung	261
II. Mangelnde Tauglichkeit des Konzepts der Sozialadäquanz	262
III. Eignung der inkriminierten Handlung zur Rechtsgutsverletzung	265
1. Kein bloßer Verweis auf Kausalgesetze	266
2. Die Marktteilnahme als Vermittlung von Handlungsgründen	267
3. Tatsächliche Beeinflussung des Marktgeschehens	269
4. Indikatoren für die Eignung zur Rechtsgutsverletzung	271
IV. Über die Eignung hinausgehender deliktischer Sinnbezug	273
1. Eigenverantwortlichkeitsprinzip und Vertrauensgrundsatz	274
2. Die Lehre vom Regressverbot	276
3. Durchbrechungen des Vertrauensgrundsatzes	277
a) Keine Anwendbarkeit subjektiv geprägter Kriterien bei Marktdelikten	278
b) Das Erfordernis eines deliktischen Sinnbezugs	279
c) Ausgestaltung des Sinnbezugs bei Marktdelikten	280
4. Keine Strafwürdigkeit der schlichten Marktteilnahme	283
V. Der Kernbereich privater Lebensgestaltung als äußere Grenze	284
D. Zusammenführung	288
E. Konsequenzen für die untersuchten Tatbestände	289
I. Der Abruf kinderpornographischer Inhalte (§ 184b Abs. 3 StGB)	290
1. Keine Friktionen mit dem Kernbereichsschutz	292
2. Keine Zulässigkeit der Einbeziehung wirklichkeitsnaher Inhalte aufgrund bloßer Beweisführungsinteressen	293

3. Keine Notwendigkeit der Einbeziehung wirklichkeitsnaher Inhalte aufgrund internationaler Vorgaben	294
4. Vereinbarkeit der Rechtsfolge mit dem Schuldprinzip	296
II. Hehlerei (§ 259 StGB)	298
III. Der Erwerb von Betäubungsmitteln (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BtMG)	300
1. Kein legitimer Anwendungsfall des Nachfrage- Paradigmas	301
a) Keine legitime Zurechnung von Marktgefahren	301
b) Keine Erforderlichkeit der Kriminalisierung bei Verweis auf Marktgefahren	302
2. Konsequenzen	304
a) Die Notwendigkeit der strafrechtlichen Regulierung des Umgangs mit Betäubungsmitteln	304
b) Grenzen der strafrechtlichen Regulierung des Betäubungsmittelerwerbs	306
c) Teilweise Entkriminalisierung des Erwerbs	308
d) Unzulänglichkeit einer prozessualen Lösung	310
IV. Das Übertragenlassen von Organen (§ 17 Abs. 2 TPG)	311
1. Keine legitime Zurechnung von Marktgefahren	312
2. Keine Erforderlichkeit der Kriminalisierung bei Verweis auf Marktgefahren	312
3. Adressierung von Ausbeutungssituationen durch einen eigenständigen Straftatbestand de lege ferenda	314
4. Unzulänglichkeit einer prozessualen Lösung	316
V. Vermarktungsverbot für Tiere und Pflanzen streng geschützter Arten (§§ 71 Abs. 1 Nr. 3, 69 Abs. 3 Nr. 21, 44 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BNatSchG)	317
1. Keine legitime Zurechnung von Marktgefahren	317
a) Keine tatbestandliche Inbezugnahme des Einflusses auf das Marktgeschehen	317
b) Keine tatbestandliche Voraussetzung eines deliktischen Sinnbezugs	319
c) Konsequenzen	320
2. Internationale Vorgaben	320
3. Ausgestaltung des strafbewehrten Vermarktungsverbots de lege ferenda	323

VI. Einfuhr und Verwendung embryonaler Stammzellen ohne Genehmigung (§ 4 StZG)	325
1. Regulierung der Einfuhr und Verwendung embryonaler Stammzellen	326
2. Keine Notwendigkeit der Sanktionierung	327
VII. Zwischenergebnis	328
§ 7 Schlussbetrachtung	331
A. Das Nachfrage-Paradigma als kriminalpolitische Strategie in Zeiten des Präventionsstrafrechts	331
I. Die Überlagerung von strafrechtlichen Zurechnungskriterien mit ökonomisch geprägten Zuschreibungen	331
1. Die Abstraktion der „reinen“ Ökonomie	332
2. Entgrenzungen des Strafrechts	334
a) Moralistisches Strafrecht	336
b) Paternalistisches Strafrecht	337
II. Plädoyer für einen „sociological turn“ im Strafrecht der Marktteilnahme	339
III. Marktdelikte?	343
B. Zusammenfassung und Ausblick	344
Literaturverzeichnis	347